1750 hat Sir James Stewart in seiner „Enquiry" den Nutzen einer von der Edelmetallwährung losgelösten Währung erörtert. Auf der gleichen Grundlage bewegen sich die Ausführungen des amerikanischen Präsidenten Franklin in seinem „American paper money". Diese Schrift ist 1776, dem Jahr der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, verfaßt und diente dem Zweck der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Amerikas von England, ebenso wie eine deutsche Warenwährung unsere Unabhängigkeit vom Dollarkurs fördern würde. Endlich hat auch der Sozialist Proudhon das Projekt einer auf der Kaufkraft des Franken beruhenden Währung 1835 erörtert und die Gründung einer „Wirtschaftsbank" empfohlen (er wurde damals, weil sein Projekt für staatsgefährlich angesehen wurde, eingesperrt; heutzutage werden die seine Gedanken vielleicht zur Bekämpfung der Währungsverschlechterung wieder hervorgeholt werden). Alle diese früheren Projekte, die auf der richtigen Wahrnehmung beruhen, daß die Kaufkraft des Metallwährungsgeldes im Laufe der Jahrzehnte ganz erheblichen Schwankungen ausgesetzt ist und daher mindestens für lange-fristige Verträge (Darlehnsverträge u. a.) eine solche Warenwährung aufgestellt werden müßte, sind nicht zur Durchführung gekommen, weil eine besondere Notlage, die dazu gedrängt hätte, nicht vorlag. Heutzutage aber, wo die Währungszerrüttung unser ganzes Wirtschaftsleben zu vernichten droht, ist die dringendste Veranlassung gegeben, der Lösung der Währungsfrage auf dieser Grundlage näher zu treten.

Die Wege, auf denen die Einführung einer Warenwährung, beruhend auf der inneren Kaufkraft der Mark geschehen kann, sind mannigfaltig. Erste und oberste Voraussetzung ist hierfür, eine autoritative Stelle zu finden, die bereit und in der Lage ist, sich der wöchentlichen Feststellung des geschilderten oder eines ähnlichen Indexes zu unterziehen und die eine unbestrittene Autorität nach der Richtung hin genießt, daß ihre Feststellungen gewissenhaft, gleichmäßig und unparteiisch sind. Hierfür kommt, wie schon mehrfach erwähnt, in erster Linie das Reichswirtschaftsministerium in Frage. Ist diese Voraussetzung zunächst erfüllt, so wäre zu erstreben, daß alle Beteiligten, die bisher Geld in einer Spezialwährung aufgenommen oder angelegt haben, (Roggen-, Kohlenwährung u. a.) im gegenseitigen Einverständnis die Anlagen in solche auf Wirtschaftsmark umwandeln. Hierzu werden in der Regel beide Teile geneigt sein, da z. B. bei der Roggenwährung die Emissionsbank ebenso das weitere Steigen der mit 10 000 ℳ pro Tonne ausgegebenen im Februar auf etwa 50 000 ℳ stehenden Roggenrentenbriefe über das allgemeine Preisniveau hinaus befürchten muß, wie die Inhaber der Briefe das Sinken derselben unter dieses Niveau; auch der Landwirt, dessen Gut nach Roggenwährung beliehen worden ist, wird wegen der ersteren Eventualität große Sorgen haben; alle drei Beteiligten aber wollen weder Spekulationsgewinne noch Spekulationsverluste, sondern lediglich wertständige Geldanlage bzw. Kreditverhältnisse. Der Weg zur Umwandlung ist ja bereits in dem Beispiel unter Nr. 8 obiger Aufstellung gegeben, wo die Umwandlung in eine neue Reichswährung vorgesehen ist. Für Neuschaffung ähnlicher Anlagen würde sich jedenfalls die Klausel empfehlen: Bei Einführung einer allgemeinen Warenwährung in die deutsche Wirtschaft, deren Index von einer zentralen Behörde des Reichs festgestellt wird, können beide Teile binnen . . . . . die Umwandlung dieses (Roggen-)Rentenbriefes in ein Papier mit dieser Warenwährung verlangen. Wenn dann die Umwandlung solcher Anlagen in Spezialwährung in solche auf Wirtschaftsmark in größerem Umfange erfolgt ist, wird damit ein sehr wichtiger Grundstock für die neue Währung gegeben sein. Ferner könnte der Versuch der landwirtschaftlichen Bank in Karlsruhe, Einlagen auf Weizenwährung mit anstatt halbjährlicher Kündigung entgegenzunehmen, von anderen Banken, namentlich landwirtschaftlichen aufgenommen werden unter Weiterentwicklung auf der Grundlage einer allgemeinen Warenwährung. Einen ähnlichen Geldverkehr könnten auch die in neuerer Zeit vielfach gegründeten Stadtbanken aufnehmen, die von den strengen Vorschriften, wie sie für Sparkassen gelten, befreit sind. Wie die Roggenrentenbank als Abnehmer für den Erlös der Roggenrentenbriefe die Landwirtschaft hat, welche die in Roggenwährung erhaltenen Hypotheken auf derselben Basis verzinst, tilgt oder zurückzahlt, müßten sich natürlich auch diese Banken ihre Abnehmer sichern, als welche sowohl die Landwirtschaft wie auch Gewerbe und Industrie in Frage kommen, also Besitzer von Sachwerten, die jederzeit die Preise für ihre Erzeugnisse so stellen können, daß sie die entsprechenden Zinsen und Tilgungsraten aus ihren Betrieben herauswirtschaften. Dieser Einlagenverkehr muß aber mit der Zeit ebenso für die Sparkassen erstrebt werden, um die Förderung des Spartriebes allgemein zu machen, was natürlich nur unter entsprechenden Aenderungen der jetzigen Vorschriften über die Mündelsicherheit möglich wäre.

Ein großes Betätigungsgebiet bezüglich der Währungsverbesserung ist auch für die Versicherungsgesellschaften gegeben, wenn diese allgemein daran gehen wollen, den Versicherungsvertrag auf gleitende Währung umzustellen, was dem stark ins Stocken gekommenen Versicherungswesen einen ungeahnten Aufschwung bringen würde, in welchem Falle sie natürlich auch entsprechende wertbeständige Anlagen für ihre Prämienreserven zu suchen hätten. Beides kann natürlich nur geschehen, wenn das Aufsichtsamt für Privatversicherung diesen Bestrebungen nicht hemmend entgegentritt, und wenn die gänzlich veralteten, wirtschaftlich zu dem ihren ursprünglichen Zwecken entgegengesetzten Erfolg führenden Vorschriften über den Begriff der Mündelsicherheit aufgehoben und durch geeignete Uebergangsvorschriften ersetzt werden.

Wichtiger aber als für alle anderen Wirtschaftsgebiete ist die Frage der Währungsreform und der davon abhängigen Kreditbeschaffung für die Industrie. Walther Funk sieht in dem erwähnten Aufsatz „Kriegsbaisse" die wertbeständige Industrieobligation mit wesentlich erhöhtem Zinsfuß als das jenige Mittel der Kreditbeschaffung an, mit welchem das in der Zukunft noch wesentlich gesteigerte Kreditbedürfnis der Industrie befriedigt werden muß. Wenn man sich schon dazu entschließt, in Zukunft von der Kreditbeschaffung durch Erhöhung des Aktienkapitals abzugehen (was u. a. auch wegen der hierbei besonders großen Gefahr der Ueberfremdung zu begrüßen wäre) und auf die Industrieobligation zurückzukommen, so ist allerdings **die Wertbeständigkeit der Obligation** (die ja wirtschaftlich einen Ersatz für den durch die Aktie dargestellten Mitbesitz am Unternehmen bietet) **das unbedingte Erfordernis, ohne welches die Obligationen in absehbarer Zeit keine Käufer mehr finden werden, auch wenn der Zinssatz ganz erheblich erhöht wird;** diese Wertbeständigkeit muß aber ebenso vom Standpunkt der Industrie in deren eigenem Interesse gefordert werden, denn auch sie muß dagegen gesichert sein (und dieser Gesichtspunkt wird bei der bisher andauernden Mark verschlechterung viel zu wenig beachtet), daß sie nicht bei einer erheblichen Besserung der Mark, auf die wir doch alle hoffen, Anleihen, die sie beim tiefsten Tiefstand der Mark aufgenommen hat, später in wertvollerem Gelde zurückzahlen muß. Keinesfalls darf aber die Wertbeständigkeit der Anlagen für Industriekredit durch die Bezugnahme auf die ausländische Valuta begründet werden, weil die sprunghaften Veränderungen des Dollarkurses eine Unruhe in dieses neu zu organisierende Kreditwesen hineintragen würden, welche bei dem Geldgeber das Vertrauen in solche Anlagen und bei dem Geldnehmer die Sicherheit in seiner Kalkulation wesentlich stören würde. Wenn gegenwärtig der Dollarkurs durch das Zusammenwirken von Regierung, Reichsbank, Industrie und Großbanken einigermaßen festgehalten wird, so darf man sich doch keinesweges der Illusion hingeben, als ob es jemals gelingen könnte, auf Jahre hinaus eine solche „Stabilisierung" der Mark durchzusetzen, weil die Erreichung dieses Zwecks von zu vielen Faktoren der äußeren und inneren Politik abhängig ist, deren Grundlagen der unaufhörlichen Veränderung unterliegen. Die Wertbeständigkeit für die industrielle Obligation muß vielmehr der periodischen Festsetzung der **inneren Kaufkraft der Mark entnommen werden,** weil nur dies den Geldgeber, dem dadurch die immer gleichbleibende Kaufkraft seiner Geldanlage verbürgt wird, befähigen kann, in diesen Methoden sich der besten der Leistungsfähigkeit des Geldnehmers, der Industrie, anpaßt, welche bei steigenden Preisen höhere Zinsen und Tilgungsraten zu zahlen hat, dafür auch höhere Preise für ihre eigenen Erzeugnisse erzielt und umgekehrt.

Die Kreditbeschaffung auf einer solchen Grundlage wird nun je nach der Person des Kreditnehmers verschiedene Formen annehmen müssen. Für große Unternehmungen die schon jetzt gewohnt waren, ihren Kredit durch Emission von Obligationen am Kapitalmarkt unmittelbar zu decken, wird es keine Schwierigkeiten machen, in derselben Weise Obligationen auf Wirtschaftsmark direkt in den Verkehr zu bringen. Die mittlere und Kleinindustrie dagegen, welche ihren Kredit alls Bankkredit aufzunehmen gewohnt ist, wird erstreben müssen, daß die Banken mindestens Abteilungen in ihrem Betrieb errichten, die sich der Annahme von Einlagen in gleitender Währung widmen und diese Gelder auf gleicher Grundlage an die Industrie weiter geben. Selbstverständlich sind bei diesem Geldverkehr die übersus hohen effektiven Zinssätze, die jetzt für Bankkredit üblich sind und im wesentlichen auf dem zunehmenden Geldentwertung begründet werden, unangebracht, da der Geldentwertungsfaktor hier schon durch die gleitende Währung berücksichtigt wird. Sollte die kreditsuchende Industrie aber von den Banken nicht mit derartigen Kredit in der gleitenden Währung auch noch mit den hohen für Papiermarkdarlehen üblichen Zinssätzen belastet werden, so müßten die beteiligten Industriellen zur Gründung von Organisationen schreiten, die ihnen den Kredit durch Ausgabe von Obligationen in gleitender Währung verschaffen, wie dies die Landwirtschaft ihren Kredit durch die Roggenrentenbanken und ähnliche Einrichtungen verschafft. Was die Ausgestaltung solcher Obligationen mit einem höheren Zinsfuß betrifft, so besteht hier aber durchaus keine Veranlassung, wesentlich höhere Zinssätze auszuwerfen, als sie bei den Roggen- und Kohlenrentenbriefen üblich sind, die sich bis jetzt zwischen 5 und 7 % bewegen, da, wie schon oben erwähnt, die in der fortschreitenden Geldentwertung liegende Veranlassung für die Bewilligung höherer Zinsen, mit der Zugrundelegung einer gleitenden Währung, die ja sowohl für Kapitalrückzahlung als für Verzinsung gilt, wegfällt.

Eine ganz besonders günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Industriekredit in gleitender Währung würde sich aber durch einen engeren Zusammenschluß zwischen Industrie und Versicherungswesen ergeben. Nachdem man in Versicherungskreisen immer mehr zu der Erkenntnis gekommen ist, daß man sowohl bezüglich der Anlegung der Prämienreserven als auch bezüglich der Gestaltung der Versicherungsverträge vor der Notwendigkeit steht, das Versicherungswesen auf die gleitende Währung umzustellen, wenn nicht die Versicherungstätigkeit immer mehr ins Stocken geraten, die Kundschaft zu auswärtigen Versicherungsgesellschaften abwandern, die inländischen Versicherungsgesellschaften aber von ausländischem Kapital überfremdet werden sollen, wird das Versicherungswesen in dem Umfang, in welchem die Versicherungsverträge auf gleitende Währung umgestellt werden, Bedarf für Anlagen in gleitender Währung haben, abgesehen davon, daß sich auch für die in Papiermark bestehen bleibenden Versicherungsverträge der Umtausch von Papiermarkanlagen für Prämienreserven in Anlagen auf gleitender Währung empfiehlt, um sich schon wegen der steigenden Verwaltungskosten und der weiteren Geldverschlechterung zu sichern, wobei es sich um Riesenbeträge handeln wird. Gerade aber die Auffindung geeigneter Schuldner, die das „Risiko" der gleitenden Währung übernehmen können, gilt im allgemeinen als die schwierigste Seite des Problems. Die gegebene Anlage auf gleitender Währung für diese Beträge bilden aber Industrie und Landwirtschaft, da diese Kreise die Zinsen und Tilgungen in gleitender Währung jederzeit aus ihrem Betrieb herauswirtschaften können, während die Steuerkraft unmittelbar Schuldner Reich, Länder und Gemeinden sich im wesentlichen hierzu der Papiergeldvermehrung und der Steuern bedienen müssen. Zur Benutzung dieser Anlagemöglichkeit durch die Versicherungsgesellschaften müssen aber entweder die Vorschriften über die Mündelsicherheit oder wenigstens diejenigen des Aufsichtsamtes über das Anlegungswesen umgeändert werden. Letzteres würde umso eher zu erreichen sein, wenn sich Versicherungswesen und Industrie eine große gemeinschaftliche Organisation schaffen, eine Kreditbank für Handel, Industrie und Versicherungswesen, welche die Annahme der Prämienreserven der Versicherungsgesellschaften und ihre Anlegung in Industriekrediten, beides in gleitender Währung (Wirtschaftsmark) besorgt und durch ihren Geschäftsplan, der vor allem die Schaffung ausreichender Reserven vorzusehen hätte, die wirtschaftliche Sicherheit der Anlagen vollständig gewährleistet.

So eröffnen sich durch die Einführung einer neuen Währung für den inneren Verkehr auf Grund eines allgemeinen Warenindex der deutschen Wirtschaft zahlreiche Möglichkeiten, wertbeständige Anlagen zu schaffen, durch welche sie sowohl ihr Kreditbedürfnis als auch das Anlagebedürfnis weiter Kapitalistenkreise befriedigen kann. Daß das letztere überaus groß ist und noch ungeheure Kapitalien, welche zurzeit brach liegen oder mangels eines besseren in ausländischen Werten angelegt sind, auf diese Weise der deutschen Wirtschaft zugeführt werden können, ergibt sich aus dem riesenhaften Andrang des Publikums zu den Roggen-, Kohlen- und ähnlichen Anleihen; die erste Emission der sächsischen Braunkohlenanleihe soll z. B. zwölffach überzeichnet worden sein. **Aber auch für die oberste Förderung des Tages: den Abwehrkampf gegen den rechtswidrigen Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet** ist die Schaffung einer Warenwährung von allergrößter Bedeutung. Der Kreditbedarf der deutschen Wirtschaft wird, wenn wir in dem Abwehrkampf ausharren wollen, bis die Franzosen das Ruhrgebiet geräumt haben, noch ungeheure Ausdehnungen annehmen, die die Fortstellung unserer Wirtschaft infolge der vorübergehenden Trennung vom Ruhrgebiet bedingt werden, wobei unter vielen anderen nur auf die forcierte Erschließung der Braunkohlenvorkommen hingewiesen werden soll. Mehr als alle noch so lebhaften Versicherungen von der Unerschütterlichkeit unseres Widerstandes wird die Tatsache Eindruck auf Frankreich, das übrige noch unentschieden zur Seite stehende Ausland und last not least das internationale Großkapital machen, wenn wir uns erastlich anschicken, durch eine neue Währungsreform nach einem einheitlichen großzügigen Plan, der sich bewußt vom Dollarkurs losmacht, unserer Wirtschaft wieder ein festes Rückgrat zu geben, vor allem aber unserer Industrie die Möglichkeit zu verschaffen, in weitgehendster Weise ihren zukünftigen Kapitalbedarf zu decken.

— Der Markkurs in New-York war gestern am Börsenschluß unverändert 0.0041 G. 0.0045 B. was im Mittel einer hiesigen Parität von ca. 22 470 ℳ für den Dollar entspricht.

— Erhöhung der Freigrenze für Anschaffungsgeschäfte in fremden Währungen. Der Reichsminister der Finanzen hat am 1. März eine Verordnung erlassen, wonach mit Wirkung vom 1. März 1923 die Freigrenze für Anschaffungsgeschäfte aus ausländischen Banknoten, ausländischem Papiergeld und ausländischen Geldsorten von 20 000 ℳ auf **50 000 Mark** erhöht wird.

— 8½ % Brandenburgische Kommunalanleihe von 1923. Laut Bekanntmachung im Inseratenteil der vorliegenden Zeitung erfolgt die Zeichnung bei den durch Plakate kenntlich gemachten Sparkassen, Banken, Kommunalbanken und Bankiers zum Vorzugskurs von 99 %. Die Anleihe ist aufgelegt vom Verbande brandenburgischer Kommunalverbände für das kommunale Spar-, Bank- und Kassenwesen. Sie ist mündelsicher. Für sie haften 202 brandenburgische Kreise, Städte und Gemeinden mit ihrem gesamten Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Der Produktenmarkt beim Märzbeginn.

Vor 8 Tagen haben wir auf die bedrohliche Gestaltung der Verhältnisse an den Produktenmärkten infolge der riesigen Verluste hingewiesen, die sich auf Grund der enormen Rückgänge der Devisen und der kolossalen Preisabschläge der Landesprodukte herausgebildet hatten. Die Besorgnis, ob alle Interessenten feststehen würden, hatte am Produktenmarkt auch den ersten Teil der diesmaligen Berichtsperiode beherrscht und um so mehr zu weiteren Wertermäßigungen beigetragen, als viele Kaufleute bemüht blieben, Geld für die bevorstehenden Anforderungen flüssig zu machen und deshalb vermehrt Ware zum Verkauf an die Märkte brachten. Zur Erschwerung der Verhältnisse hatte bekanntlich der Geldmangel beigetragen, denn es war seit längerer Zeit weder Kredit zu erhalten, noch waren Wechsel zu diskontieren. Seit einigen Tagen hat sich hierin vieles gebessert. Geld ließ sich wieder leichter beschaffen, und dies trug dazu bei, daß gerade die ersten Märztage, von denen man alle möglichen Ueberraschungen befürchtete, sich wesentlich erleichtert zeigten. Am Berliner Markt stand bisher noch alles fest, und ernstere Zusammenbrüche waren nur aus Bremen gemeldet. Es soll damit nicht gesagt sein, daß nunmehr bereits die befürchteten Schwierigkeiten allgemein überwunden seien. Das wird sich erst im weiteren Verlaufe herausstellen. Zunächst sind die Andienungen erfolgt, für deren Erledigung eventuell Nachfristen gegeben werden, sodaß man erst hiernach weiß, inwieweit sich am Platze das Engagement erledigt hat. Für die Bonität der beteiligten Firmen kommt aber des weiteren hauptsächlich in Betracht, wie sich ihre Provinzkundschaft halten wird. Von dieser Seite können noch leicht manchelei Ueberraschungen kommen, und für solche Interessenten, die schon durch den Wertrückgang der Ware, der Devisen und der Effekten in ihrem Vermögensstande stark geschwächt sind, könnten sich durch weitere Verluste aus ihrer Kundschaft verhängnisvolle Rückwirkungen ergeben. Es ist sonst nicht unsere Art, auf solche inneren Vorgänge und Verhältnisse, die der Markt am besten allein mit sich ausmacht, hinzuweisen. Aber die diesmaligen Verhältnisse sind so anormale und so bedrohliche gewesen, daß sie nicht unerwähnt bleiben konnten, und daß man froh sein darf, wenn die Besorgnisse sich wieder verflüchtigen sollten.

Von Weizenmehl sind zuletzt ansehnliche Mengen erster deutscher Marken zur Zwangsversteigerung in Berlin gekommen. Sie hingen mit dem schon erwähnten großen Bremer Fallissement zusammen, und sie erzielten hier so unerwartet hohe Preise, daß sich daraus die Schlußfolgerung einer ungeschwächten Aufnahmefähigkeit des Handels und des Konsums ergibt. Es wäre überhaupt falsch, aus zeitweiser scheinbarer Ueberlastung den Schluß ziehen zu wollen, daß Bäcker und Händler über drückende Bestände zu verfügen hätten. Die gewaltigen Summen, die dazu gehörten, um zum großen Vorräte sich hinzulegen, sind schon an sich ein Hindernis für solche übergroßen allgemeinen Ansammlungen von Ware in der zweiten und dritten Hand, und man muß eher darauf gefaßt sein, daß sich nach mäßigen Pausieren in den Käufen des Bedarfes immer schnell wieder die Notwendigkeit zu neuen Anschaffungen herausstellt. Der Wunsch, goldwertende Substanz in der Hand zu haben, hat allerdings manche größeren Läger geschaffen, indessen sind dieselben auch zur regelmäßigen Versorgung durchaus notwendig. Die Ueberzeugung besteht allgemein, daß in der ersten Hand, also bei den Landwirten resp. bei deren kaufmännischen und genossenschaftlichen Beauftragten, in der Provinz noch ansehnliche Getreidebestände vorhanden sind, für welche ihre Besitzer selber immer dann teilweise Käufer waren, wenn sie Kapital für die Bedürfnisse ihrer eigenen Wirtschaft, und zwar ganz besonders für Düngemittel, Geld brauchten. Das Vorhandensein von Vorräten bei der Landwirtschaft wird allerdings aus erklärlichen anderen Gründen vielfach abgeleugnet, ist aber nach weitgehender Information eine Tatsache und für unsere Versorgung eine Beruhigung. Allerdings wird es sich darum handeln, daß im Bedarfsfalle das Material auch zu kaufen sein wird. Eine beachenswerte Erscheinung ist es, daß die Tatsache, daß der Preisunterschied zwischen Weizen und Roggen sich immer mehr verringerte und schließlich nur noch ca. 2000 ℳ betrug, während er in der Vorwoche noch etwa 10 000 ℳ erreicht hatte. Es ist unzweifhaft, daß diese Erscheinung zum Teil mit den eigentümlichen Mehlengagements, auf die wir schon bei den vorerwähnten Zwangsversteigerungen hingewiesen hatten, zusammenhing. Große Realisationen in inländischem Mehl und vorher schon billigen amerikanischen Offerten hatten die deutschen Mühlen zunächst an weiteren Neuverkäufen gehindert und sie deshalb auch vom Weizenkauf einige Zeit hindurch zurückgehalten. Das hat um so mehr zeitweise auf die Weizenpreise gedrückt, als zur Schaffung baren Geldes manche Realisationen an den Markt kamen. Der Roggen aber fand täglich genügend Aufnahme zu Umlagezwecken und auch zum Tausch gegen Gerste, während gleichzeitig auch frühere Abgaben an die R. G. mit Nutzen gedeckt wurden. Fabrizierte Dokumente aus die Berliner Mühlen für Roggen wieder einigen Bedarf. So finden wir die auffallende Erscheinung, daß sich die Roggenpreise fast während der ganzen Berichtwoche auf ihrem Stande hielten, während daneben, wie schon erwähnt, der Weizenpreis pro Zentner um etwa 8000 ℳ nachließ. Man darf nicht sagen, daß diese Annäherung des Weizenwertes an den des Roggens eine unnatürliche Erscheinung wäre. Wir haben derartige Vorkommnisse auch in früheren regelmäßigen Jahren wiederholt gehabt, und zeitweise sogar schon müssen, daß der Roggenpreis den des Weizens mehr oder weniger kräftig überstieg. Aber Tatsache ist es wohl, daß auch die Tätigkeit der Reichsgetreidestelle dazu beiträgt, den Roggenpreis zu stützen, indem sie versucht, und gewissermaßen auch darauf angewiesen ist, den gesamten Roggen, also sie für die übrigen Monate des Jahres gebraucht, schon binnen ganz kurzer Frist in ihre Hand zu bekommen. Als Behörde muß sie in der Tat das Material, auf Grund dessen sie disponieren will, schon frühzeitig besitzen. Daß es aber anderseits bei uns nicht an Roggen fehlt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die R. G. die Gerste, welche sie auf Umlage erhalten hat, nicht zu behalten, sondern sie gegen Tausch von Roggen wieder abzustoßen sucht. Diese Tausche erfolgen wohl hauptsächlich in der Art, daß gegen 100 Zentner Gerste 90 bzw. 95 Zentner Roggen gefordert wurden. Die Austauschaktion hat auch in der verflossenen Woche noch angehalten und mit zur Stützung des Roggenpreises beigetragen. Die Preisdifferenzen zwischen beiden waren schon seit einiger Zeit nichts mehr zu hören. Die Einfuhrgesellschaft hatte für die Behörde längere Zeit hindurch recht ansehnliche Mengen von amerikanischem Western-Roggen angeschafft, und dürfte wohl damit in der Hauptsache den Bedarf gedeckt haben. Auch Anschaffungen von Weizen waren für unseren Inlandsbedarf diesmal nur spärlich, denn die Preise stellten sich im Gegensatz zu den Wochen vorher über diesseitige Parität. Bei einer durchschnittlichen Forderung von 18 holländischen Gulden für 100 ke Manitoba-Weizen und von 12,5 Gulden für La-Plata-Weizen kulkuliert sich der Einstandspreis bei einem Durchschnittsstande der holl. Devisen von 9000 ℳ auf 58 000—59 000 ℳ für Manitoba- und auf 56 000—57 000 ℳ für La Plata-Weizen, während die Berliner Notiz zeitweise Preise von 45 000 ℳ für Weizen lautete. Wie wir hören, sind allerdings größere Partien Weizen an den Häfen gehandelt, jedoch scheinbar zu Transitzwecken, da die Tschechoslowakei für größere Mengen Bedarf gezeigt hatte. Es sei bei dieser Gelegenheit auf die in letzter Woche bekanntgegebenen deutschen Ein- und Ausfuhrzahlen für das Jahr 1922 hingewiesen, wobei ein Vergleich mit den drei Vorkriegsjahren folgt:

Deutschlands Einfuhr und Ausfuhr betrugen

	Weizen Einfuhr to	Weizen Ausfuhr to	Roggen Einfuhr to	Roggen Ausfuhr to
1922 .	1 392 575	4 269	539 592	1 998
1913 .	2 545 958	555 416	392 541	933 898
1912 .	2 297 153	356 489	315 721	797 316
1911 .	2 488 333	310 000	614 115	768 527

Von Gerste haben wir im vorigen Jahre eine Einfuhr von 267 000 to gehabt, während in den Vorkriegsjahren durch die riesige russische Einfuhr ein Import im Jahre 1913 von 3 268 000 to zu verzeichnen war. Auch beim Hafer ist die gegenwärtige Einfuhr nur ganz unbedeutend, wogegen der Mais im Jahre 1922 mit 1 053 416 Tonnen angegeben wird gegen 918 000 to im letzten Vorkriegsjahre, und 1 142 000 Doppelzentner in 1912. In 1911 bewegt sich die Maiseinfuhr nur auf 743 000, in 1910 auf 573 000 to. Die diesmalige vergleichsweise ansehnliche Maiseinfuhr ist allerdings nur zum kleineren Teil für Futterzwecke erworben und hat zu großem Prozentsatz der Spiritusfabrikation gedient.

Es hing dies mit der sehr geringen vorjährigen Kartoffelernte zusammen, die für die Branntweinproduktion nur wenige Ueberschüsse ließ. Auch in diesem Jahre wird viel Mais für die Spiritserzeugung verwendet, wobei es allerdings fraglich ist, ob die Notwendigkeit hierzu wirklich in dem Umfange der letzten ungewöhnlich groß gewesenen Ernte begründet. Man hat erst dieser Tage wieder den neuen Grundpreis für Kartoffeln, und zwar mit 188 000 ℳ festgesetzt und wird nächster Tage den neuen Zuschlag für Maisspritzus bestimmen. Man glaubt, daß dabei sich der Maisspiritus auf rund 450 000 ℳ kalkulieren wird, was für die Brenner wohl kein ungünstiges Geschäft sein dürfte. Für die Kartoffeln läßt sich der weitere Preisgang noch nicht durchschauen. Gegenwärtig kommt infolge der milden Witterung und der für Speisekartoffeln ermäßigten Frachten sehr viel an Kartoffeln an die Märkte, sodaß man teilweise über ernste Schwierigkeiten im Absatz klagt. Die Notierungen, welche in Berlin allerdings infolge der Fröste und des hiernach folgenden unregelmäßigen Verkehrs längere Zeit ausgefallen waren, sind am Freitag mit 4500 ℳ festgesetzt. Indessen wird von Händlern mitgeteilt, daß nach der Notiz Offerten unter 4000 ℳ vorlagen, die kein Unterkommen fanden, daß im Gegenteil nur zirka 3800 ℳ noch geboten wurde. Es wird sich jetzt zeigen, inwieweit die Kartoffel sich in den Mieten gehalten hat. Im allgemeinen dürften die Verhältnisse hierfür wohl nicht ungünstig gewesen sein, und wenn wir noch große haltbare Kartoffelmengen haben sollten, die bis zum Erscheinen der neuen Frühkartoffelernte ausreicht, so würde das für die Brotversorgung eine wesentliche und umso größere Erleichterung darstellen, je billiger die Kartoffel sich kalkulieren wird.

Die Witterung ist bei uns in letzter Woche fast frühlingsmäßig gewesen, und die Tage brachten durchschnittlich 5—6 Grad Wärme. Die neulichen Besorgnisse, daß der stärkere Frost den teilweise nur wenig bedeckten Saaten Nachteile gebracht haben sollte, trifft, wie man schon heute erkennen kann, jedenfalls für die Roggenfelder nicht zu. Abzuwarten bleibt, inwieweit vielleicht der Weizen, namentlich in seinen empfindlichen englischen Sorten Nachteile gehabt haben könnte. Bis jetzt hat man also in dieser Beziehung noch nichts ungünstiges gehört. Was man in gegenwärtiger Jahreszeit über die Saaten vom Auslande zu hören bekommt, muß auch im allgemeinen mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Besonders ist das der Fall bei Meldungen, die von Rußland und von Rumänien kommen. In letzterem Lande fehlt bisher eine amtliche Angabe der im Herbst mit Wintersaaten bestellten Flächen. Neue private Schätzungen schwanken zwischen 700 000 und einer Million Hektar Weizen. Neulich hat aber die Bukarester Handelszeitung „Argus" einen Anbau von 1 600 000 Hektar angegeben, ein Beweis, daß in Rumänien jegliche Ueberschrift fehlt. Auf großen Anbau an Frühjahrsweizen läßt sich nur in Bessarabien rechnen. Inwieweit im übrigen das Anbaudefizit des Weizens durch verstärkten Anbau von Mais, Sommergerste und Hafer in Rumänien ausgeglichen werden kann, hängt zu großem Teil von der Frühjahrswitterung ab. Meldungen aus Rumänien, daß dort wegen geringfügiger Herbstaussaat die ganzen Wirtschaftsaussichten sehr trübe seien, sind durchaus verfrüht, und mit Vorsicht zu genießen. Daß die mangelhaften Nachrichten über die Saaten aus Rußland auch nicht auf kräftigen Füßen stehen, ist sehr wahrscheinlich. In Petersburg laufen aus verschiedenen Teilen des Nordwestgebietes Meldungen über sehr unvorteilhaften Stand der Wintersaaten ein, da dort warmem Wetter unmittelbar kräftiger Frost gefolgt war, der die Saaten ohne Schnee gefunden hatte, und wahrscheinlich einen Teil habe ausfrieren lassen. Aus dem Gouvernement Petersburg wird auch viel über Getreidekrankheiten berichtet, was sich aber kaum schon auf die kommende Ernte beziehen kann. Auch von den Gouvernements Nowgorod und Charkow sind schlechte Berichte wegen Frostschaden eingelaufen. Alles Behauptungen, die erst späteres, fruchtreibendes warmes Wetter erweisen kann. Daß Frost auch wirklich auch in Brotgetreide manches zum Export herausgibt, dafür hat der dieser Tage in Kiel eingetroffene Dampfer „Roggen" den Beweis geliefert. Von Gerste wie von Futterstoffen sind bisher von Rußland schon größere Mengen nach dem Auslande exportiert worden und auch in deutschen Häfen eingelaufen, zum Teil allerdings auch wieder nach anderen Ländern weiter exportiert worden. Große Hoffnung auf stärkere russische Sendungen von Roggen oder Weizen hegt man nicht, denn das Land hat selber dringenden Bedarf und es ist noch sehr offene Frage, wie weit die vorhandenen bzw. noch zu importierenden Mengen von Saatgetreide für russische Frühjahrssaaten reichen werden. Es wäre zu wünschen, daß das Land endlich einmal wieder in allen seinen Gebieten einen regelmäßigen Anbau und gute Erträge bekommt. Das würde zweifellos eine große Hilfe für das russische Volk und das russische Reich, aber auch für Deutschland und seine Bevölkerung sein. Von den überseeischen Märkten wird im allgemeinen ruhiges Geschäft berichtet. Ebenso von England. Die Preise des Weizens schwanken an den amerikanischen und diesseitigen Märkten leicht hin und her. Man sieht immer wieder, daß bei ansehnlicher Leistungsfähigkeit der großen Exportgebiete die Ansprüche Europas nur knapp oder zeitweise entsprechend sind, und daß man sich neuerdings besonders in der Kaufkraft Deutschlands getäuscht zu haben glaubt. Die Tatsache, daß Deutschland seit einiger Zeit in Nordamerika so wenig kauft, und zwar ebensowohl in Roggen wie auch in Weizen, welchen letzteren es jetzt hauptsächlich von Argentinien bezieht, scheint drüben nicht ganz ohne Beachtung geblieben zu sein. Zum Teil sieht man darin, daß die etwas billigeren Preise des La Plata-Weizens doch eine empfindliche Konkurrenz den nordamerikanischen Weizensorten schaffen.

G. M.

— Von den Kuxenmärkten. Nach dem Bericht der Bankiers Lauxmühler & Co., Berlin-Essen, leidet der Verkehr auf den Kuxenmärkten nach wie vor unter den Störungen, welche die Ruhrbesetzung verursacht. Trotzdem hat sich allmählich eine festere Grundtendenz durchsetzen können, sodaß Gelsenkirchen- wie Kalkwerte mit ansehnlichen Erholungen gegenüber den Vergleichskursen aus der Vorwoche schließen. Besonders an der letzten Düsseldorfer Börse sind Kaliwerte sprunghaft höher bezahlt worden.

— Bank von Frankreich. Der Wochen-Ausweis vom 1. März weist folgende Ziffern auf:

	1. 3. Fr.	seit 22. 2. Fr.
Gold in den Kassen . . .	3 671 496 000 Zun.	77 000
Gold im Ausland	1 864 345 000	unverändert
Barvorrat in Silber . . .	290 705 000 Zun.	134 000
Guthaben im Ausland . .	599 087 000 Zun.	308 000
Vom Moratorium nicht betroffene Wechsel . . .	3 176 658 000 Zun.	429 889 000
Gestundete Wechsel . . .	25 306 000 Abn.	505 000
Vorschüsse auf Wertpapiere	2 029 433 000 Abn.	61 026 000
Vorschüsse an den Staat .	28 700 000 000 Zun.	500 000 000
Vorschüsse an Verbündete	4 389 000 000 Zun.	4 000 000
Notenumlauf	37 434 005 000 Zun.	378 710 000
Schatzguthaben	16 935 000 Abn.	58 168 000
Privatguthaben	2 408 117 000 Zun.	198 908 000